

from Grotius to Kant. – Oxford : Oxford Univ. Pr., 1999. – S. 184-187

Der Naturzustand zwischen Individuen ist gesellig, der Naturzustand zwischen Staaten ist ein Kriegszustand. Die Individuen haben zunächst nur das Bedürfnis nach Sicherheit, nicht nach Überlegenheit, sobald sie aber in einem Staat vereinigt sind, verlieren sie das Bewußsein der Hilflosigkeit und sind zum Krieg bereit. Menschen als erotische Wesen sind darauf angewiesen, Bindungen einzugehen. Staaten drängt nichts zu Bindungen. Montesquieu ist damit gegen den Hobbesianismus der Naturrechtstradition gefeit, trägt aber wenig zur Tradition der Autonomie des Einzelmenschen bei Rousseau und Kant bei.

Spector, Céline

Montesquieu : pouvoirs, richesses et sociétés. – Paris : Presses Univ. de France, 2004. – 302 S. (Fondements de la politique)

Montesquieus Frage ist, ob in der Moderne, in einer Gesellschaft ohne politische Tugend, Interesse ausreicht, um eine Gesellschaft zusammenzuhalten. Er unterscheidet zwei Formen des *doux commerce*: *doux commerce des manières* und *doux commerce économique*. Es gibt bei Montesquieu nicht den Gegensatz der politischen Tugend der Antike und des Handelsgeist der Moderne, sondern drei Wege: politische Tugend, Handelsgeist und Sitten. In England ist der Handelsgeist entscheidend, Frankreich braucht aber eine politische bürgerliche Gesellschaft. Das ist kein Kompliment für England; das Fehlen der manières ist ein Mangel, Geld wird viel zu sehr geschätzt, Ehre und Tugend zu wenig. Montesquieu war nicht naiv, was die Wirkungen des Handels angeht, er macht auf die englischen kommerziellen Kriege und auf die Seeherrschaft aufmerksam. Gegen die wilde Roheit der Tugend Spartas setzt er die Sanftheit der modernen, feminin bestimmten Sitten. Was den Handel doch zu einem Mittel der Zivilisation macht, ist nicht der Gewinn, sondern der Verkehr, der Austausch, was den modernen Sitten am nächsten kommt. Sein Muster ist nicht das kommerzielle England sondern das galante Frankreich. Eine universalhistorische Entwicklung vom Geist der Eroberung zum Handelsgeist haben erst William Robertson und Benjamin Constant.

6.8.2 Hume

David Hume, 1711-1776, geboren in Edinburgh in einer Juristenfamilie. Jurist, Philosoph, Historiker. Heute mehr als Philosoph bekannt denn als Historiker, zu seinen Lebzeiten umgekehrt. Bibliothekar der Juristischen Bibliothek in Edinburg, dann Adelserzieher und im Dienste adeliger Patrone diplomatische Tätigkeit in Wien und Paris. Under Secretary of State for the Northern Department (am besten zu übersetzen als Staatssekretär, mit innenpolitischen und außenpolitischen Aufgaben, auch weniger eine eigenständige politische Position als eine Stellung, in der er die Arbeit für seinen Patron macht).

Vergleiche zur Biographie:

E. C. Mossner, *The Life of David Hume*. – 1954

Gerhard Streminger, *David Hume : sein Leben und sein Werk*. – Paderborn 1994.

David Hume war gewiß nicht der einflußreichste Philosoph des 18. Jahrhunderts, aber lange hätte man denken können, daß er der einflußreichste des 20. Jahrhunderts war. Zu diesem Hume als Vater des philosophischen Naturalismus, des Empirismus, der analytischen Philosophie vergleiche:

Norman Kemp Smith, *The Philosophy of David Hume : a Critical Study of its Origins and Central Doctrines*. – London 1941

Barry Stroud, *Hume*. – London 1977

Jens Kulenkampff, *David Hume*. – 2. Aufl. – München 2003.

Vergleiche dagegen die Rekonstruktion des Humeschen Skeptizismus als ciceronianischen Humanismus, als dialektische, aber nichtteleologische Transzendentalphilosophie, die die Erfahrung der Lebenswelt gegen dogmatische Philosophie und Theologie ausspielt:

Donald W. Livingston, *Hume's Philosophy of Common Life*. – Chicago 1984; ders., *Philosophical Melancholy and Delirium : Hume's Pathology of Philosophy*. – Chicago 1998 (unten S. 405 referiert).

Seine Bedeutung für die Politische Wissenschaft liegt nicht allein in diesen anthropologischen und epistemologischen Arbeiten. Ein Teil seines essayistischen Werkes gehört zu den Gründungsdokumenten der empirischen Wissenschaft in Ökonomie, Soziologie und Politikwissenschaft. Es wurde viel geschrieben über Hume als angeblichen Begründer konservativen Denkens, über Gerechtigkeit bei Hume, über Selbstinteresse und allgemeines Interesse. David Hume ist Adam Smiths Vorgänger in der Theorie des unparteiischen Zuschauers. Die Regierung wird bei Hume überparteilich vorgestellt; unser Urteil steht auf Seiten der Regierung und wenn wir nicht unseren Leidenschaften zu folgen pflegten, hätten wir keine Regierung nötig. Auch eine Konflikttheorie! Seine Darstellungen der englischen Geschichte und sein hohes Staatsamt haben dazu eingeladen, ihn im zeitgenössischen Parteienspektrum zu diskutieren.

Zur politischen Theorie vergleiche:

Duncan Forbes, *Hume's Philosophical Politics*. – Cambridge 1975

David Miller, *Philosophy and Ideology in Hume's political thought*. – Oxford 1981

Frederick G. Whelan, *Order and Artifice in Hume's Political Philosophy*. – Princeton, NJ 1985

Diladelfo Linares, *Das politische Denken von David Hume*. – Hildesheim 1984

Andrew Kolin, *The Ethical Foundations of Hume's Theory of Politics*. – New York 1992

vor allem aber das unten S. 405 referierte Buch von Donald Livingston 1998.

Hume ist in der Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen kein Unbekannter. Sein Essay über Machtgleichgewicht ist einer der am häufigsten in Anthologien

zur internationalen Politik abgedruckte Texte und er hat tatsächlich eine theoriegeschichtliche Bedeutung für den Übergang der Lehre vom Machtgleichgewicht von der Publizistik zur Wissenschaft. Hume versucht zu zeigen, daß Machtgleichgewichtsdenken seit der Antike der außenpolitischen Praxis zugrunde liegt. Damit ist eine Wissenschaft von der Außenpolitik möglich. In der Regel wurde Hume aber nicht als ein Begründer einer Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen geprüft, sondern als Mahner zu einer klugen Praxis gelobt. Als einziger der Theoretiker der Internationalen Beziehungen hat Raymond Aron sich auf Humes Denken eingelassen: „David Hume schätzte die Gleichgewichtspolitik, weil er die Riesenreiche haßte“ (*Frieden und Krieg*. – Frankfurt am Main 1963).

Für Hume ist die Basis politischer Verpflichtungen das Interesse der Bürger an Ordnung. Ohne innere Ordnung könnten die Bürger nicht überleben, internationale Ordnung geht sie nicht so unmittelbar an. Das Argument ist von Hobbes bekannt, von Hume kommt die Begründung aus den Grenzen der Sympathy. Friedrich V. Kratochwil hat danach gefragt, ob eine „humeanische“ (regelutilitaristische) Begründung von Normen eher als eine „hobbesianische“ eine Basis für internationale Normen abgeben könnte (*The Humean Perspective on International Relations*. – Princeton, NJ 1981 = World Order Studies Program Occasional Paper 9) und die „humeanische“ Begründung am Ende als unzulänglich befunden (*Rules, Norms, and Decisions : on the Conditions of Political and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs*. – Cambridge 1989); mit Humes eigener Skepsis gegenüber einem solchen Begründungsversuch in der internationalen Politik hat er sich nicht befaßt. Ausgiebig haben sich dagegen Moralphilosophen mit Humes kurzem Text über internationale Moral beschäftigt. Sie gehen davon aus, daß Humes Moraltheorie eine Ethik ist und finden sie entsprechenden mangelhaft; Humes lässiger Umgang mit dem Scheitern der Moral in internationalen Beziehungen zeigt ihnen das Scheitern seiner Begründung jeder Moral. Sogar die Einschätzung, ob Humes Argumente den Wandel der internationalen Beziehungen (vor allem durch Nuklearwaffen) überstanden haben, haben die Theoretiker der Internationalen Beziehungen den Moralphilosophen überlassen. Die Angemessenheit als realistische Beobachtung ist nicht bestritten. Deshalb steht Hume hier bei den Soziologen: Es gibt nur soviel internationale Gesellschaft, wie Bedarf an ihr empfunden wird.

Hume ist der Philosoph der Geselligkeit, auch des internationalen Verkehrs in Handel und Ideen. Für die Theorie des Friedens ist sein Essay über den Handel wichtig. Die Grundidee, zwischen Handelsstaaten und Militärstaaten zu unterscheiden, ist von Montesquieu angeregt. Aber Hume ist der erste, der klar ausspricht, daß in der Moderne die Rückkehr zur Militärpolitik, so gelegen sie den Machtpolitikern kommen möchte, keine Option mehr ist. Als Völkerrechtstheoretiker ist er konsequent empirisch: die Neigung zum Frieden geht nur so weit wie die Bindung zwischen Menschen geht, die internationale Moral liegt uns ferner als der Frieden in unserer Gesellschaft. Die Verlautbarungen der Fürsten, die darüber hinausgehen, sind Heuchelei. Hume bedauert diese nationale Beschränkung nicht. In seinem Essay über die

Fortschritte der Wissenschaften und Künste wird die Existenz eines Staatensystems als eine Voraussetzung des Fortschritts erkannt. Gerade aus dem internationalen Verkehr begründet Hume einen Kulturnationalismus ohne Chauvinismus. Humes Äußerungen zum internationalen System sind nicht Randbemerkungen eines Wissenschaftstheoretikers sondern stehen im Zentrum seines skeptischen Humanismus, wie ihn Donald Livingston beschrieben hat.

Wenn es mehr Hoffnung für den Frieden geben soll, muß auch bei Hobbes auf die Religion zurückgegriffen werden. Die eigentliche Aufgabe der Religion ist es, das Herz der Menschen zu leiten, ihr Verhalten menschlicher zu machen, den Geist der Mäßigung, der Ordnung und des Gehorsams zu fördern. Hume sagt uns nicht, ob er eine Chance sieht, daß die gereinigte Religion ihre Aufgabe erfüllen wird. Als Philosoph und Historiker konzentriert er sich auf das kritische Geschäft: Der Aberglauben ist eine Hauptursache der Selbstsucht und damit des (Bürger-)Krieges.

Texte

A Treatise of Human Nature (1739-1740)

deutsche Übersetzung: Ein Traktat über die menschliche Natur / übers. von Theodor Lipps. Mit einer neuen Einführung hrsg. von Reinhard Brandt. – Hamburg : Meiner, 1989 (Philosophische Bibliothek ; 283)

III, II, 11 Of the Laws of Nations

In früheren Abschnitten von III.II (*Of Justice and Injustice*) hat Hume gezeigt, daß die Liebe zur Menschheit kein natürlicher Antrieb (passion) ist. Es haben sich Staaten gebildet, weil die Menschen das Gegenwärtige dem Fernen vorziehen. Die Staaten kommen aus Interesse, aber es bilden sich Konventionen der Moral und der Ehre, deren Einhaltung ein Eigengewicht erhält.

Das Naturrecht (vor allem Achtung des Eigentums und des Versprechens) gilt auch im Verkehr zwischen Staaten, aber Souveränen billigen wir eine viel größere Freiheit zu in der Einschätzung, wie genau sie das Völkerrecht halten wollen, als Privatleuten in der Einschätzung, wie stark sie gesellschaftliche Konventionen halten wollen. Verkehr zwischen Staaten ist notwendig (und deshalb billigen wir leichtfertigen Vertragsbruch nicht), aber nicht so notwendig wie Verkehr innerhalb eines Staates (deshalb entwickeln wir nicht eine genauso starke moralische Abneigung). Das Verhältnis von Vertragstreue und Vertragsbruch in internationalen Beziehungen kann nur praktisch, nicht philosophisch bestimmt werden. Letztlich wissen alle, daß Moral eine Konvention ist, die Interesse folgt, sonst wären wir nicht bereit, den internationalen Vertragsbruch zu akzeptieren.

Of the Rise and Progress of the Arts and Sciences (1742)

in: Essays Moral, Political and Literary / ed. by Eugene F. Miller. – rev. ed – Indianapolis : Liberty Fund, 1987. – S. 111-137

Hume nennt vier Bedingungen für den Fortschritt der Wissenschaften: 1., eine freie Regierung. 2., ein Staatensystem mit einer Anzahl benachbarter aber doch unabhängiger Staaten, die durch Verkehr und politische Beziehungen verbunden sind. In einem solchen System kann die Nachahmung wirken. Aber noch wichtiger ist, daß die Nachahmung begrenzt und die unbegrenzte Ausweitung ungeprüfter Ideen verhindert wird. In einem Staatensystem kann die öffentliche Meinung nicht durch bloße Ansteckung sich verbreiten, nur Natur und Vernunft (oder was denen sehr ähnlich kommt) können sich allgemein durchsetzen. Die griechische Vielstaaterei und das moderne europäische Staatensystem haben deshalb die größten Fortschritte gebracht, das Römische Reich und das Chinesische Reich haben nur eine Lehre (Katholizismus, bzw. Konfuzianismus) sich ausbreiten lassen. 3., Republikanismus ist am besten für neue Ideen, für ihre Kultivierung sind aber die zivilisierteren monarchischen Staaten besser. 4., es ist nicht gut, wenn eine Nation die Wissenschaften und Künste bereits zu perfekt von Nachbarn übernimmt, das behindert die eigene Entfaltung. Das ist auch der Grund, warum einst glänzende Nationen kaum noch zu neuen Ideen fähig sind.

Enquiry Concerning the Principles of Morals (1751)

deutsche Übersetzung: Eine Untersuchung über die Prinzipien der Moral / übers. von Manfred Kühn. – Hamburg : Meiner, 2003 (Philosophische Bibliothek ; 511)

Abschnitt 3 Of Justice

Ein Krieg ist Aufhebung der Gerechtigkeit zwischen den Feinden. Das Kriegerrecht ist vom Nutzen bestimmt. Wenn eine zivilisierte Nation mit Barbaren Krieg führt, die keine Regeln beachten, dann muß auch sie die Beachtung dieser Regeln aufgeben und den Krieg so schädlich und blutig wie möglich führen.

Wenn sich Familien zu einer Gesellschaft vereinen, die von anderen Gesellschaften isoliert lebt, dann werden sich innerhalb dieser Gesellschaft Regeln der Gerechtigkeit entwickeln, die aber nach außen völlig nutzlos sind. Wenn aber verschiedene Gesellschaften in einen Verkehr untereinander eintreten, dann erweitern sich die Grenzen der Gerechtigkeit entsprechend der Intensivierung dieser Beziehungen durch Wachstum des menschlichen Wissens oder durch Nutzen von Bündnisbeziehungen. Die Rücksicht auf Gerechtigkeit wächst proportional zum Nutzen der Gerechtigkeit.

Abschnitt 4 Of Political Society

Eine Vereinigung von Individuen könnte ohne Regeln der Fairness und Gerechtigkeit nicht bestehen. Nationen, die auch in Isolation leben können, sind deshalb nicht so stark auf Gerechtigkeit verpflichtet. In Notfällen können deshalb Verträge und Bündnisse mißachtet werden, wenn die Beachtung schwere Nachteile bringen würde. In Föderationen gibt es dagegen besonders starke Verpflichtungen, weil diese Verbindungen von besonderem Nutzen für diese Staaten sind.

(*Enquiry Concerning the Principles of Morals* ist die Neufassung des dritten Teils des *Treatise of Human Nature*; diese wenigen Sätze sind alles, was vom Abschnitt über das Völkerrecht übrig geblieben ist.)

Of Commerce (1752)

in: Essays Moral, Political and Literary / ed. by Eugene F. Miller. – rev. ed. – Indianapolis : Liberty Fund, 1987. – S. 253-267

deutsche Übersetzung: Über Handel, in: Politische und ökonomische Essays / übers. von Susanne Fischer. Hrsg. von Udo Bermbach. – Hamburg : Meiner, 1988 (Philosophische Bibliothek ; 405) 2. Teilbd., S. 175-190

Die antiken Staaten waren am Krieg orientiert (wobei sich Hume nicht auf die republikanische Form einläßt). Auch heute könnten Souveräne eher an eigenes machtpolitisches Interesse als an das Glück ihrer Untertanen denken. Aber die antiken Staaten waren gegen die Natur, nicht nur Sparta. Der Handelsstaat ist dagegen naturgemäß, weil Handel und Gewerbe sowohl die Macht des Souveräns wie das Glück der Untertanen verstärken.

Of the Balance of Power (1752)

in: Essays Moral, Political and Literary / ed. by Eugene F. Miller. – rev. ed. – Indianapolis : Liberty Fund, 1987. – S. 332-341

deutsche Übersetzung: Über das Machtgleichgewicht, in: Politische und ökonomische Essays / übers. von Susanne Fischer. Hrsg. von Udo Bermbach. – Hamburg : Meiner, 1988 (Philosophische Bibliothek ; 405) 2. Teilbd., S. 255-265

Hume zeigt an zahlreichen Beispielen, daß es bereits in der Antike eine Gleichgewichtspolitik gab. Das Gleichgewichtsprinzip ist also eine natürliche Methode. Aber die Engländer haben zuviel Leidenschaft, zuwenig rationales Kalkül in der Anwendung dieser Methode und wissen nicht, wann sie (in ihren Kämpfen mit Frankreich) stoppen sollen. Er befürchtet aber nicht, daß das Land immer kriegerischer wird, sondern umgekehrt aus Überdruß am Krieg zu unkriegerisch. Der Essay gehört hier in einen Kontext mit dem Thema des Handelsstaates. Aber das ist nur ein Moment: Auch Staaten, die durch kriegerischen Erfolg zu ausgedehnt werden, verlieren den kriegerischen Geist.

Literatur

Charmley, P. E.

The Conflict between Montesquieu and Hume : a Study of the Origins of Adam Smith's Universalism, in: Essays on Adam Smith / ed. by Andrew S. Skinner and Thomas Wilson, 1975 (The Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith : Associated Volume) S. 274-305

Humes *Essay on National Characters* 1748 ist eine Antwort auf den Klimadeterminismus bei Montesquieu (wobei Montesquieus Besessenheit mit Klima offenbar bereits eine Antwort auf Humes Zweifel im *Treatise of Human Nature* ist). Hume gibt dem Handelsgeist Priorität: Wenn die Staaten durch Handel zusammenrücken, gleicht sich auch ihr Charakter an. Er gibt zu, daß in der Geschichte die Völker des

Nordens kriegerischer waren, aber das liegt an der Armut des Nordens, bzw. am Reichtum des Südens.

Der frühe Montesquieu sieht Europa als *einen* Staat mit mehreren Provinzen, vor allem durch Handel zusammengehalten. In *L'Esprit des Lois* sieht er dagegen keine notwendige Interessenharmonie der Handelstaaten mehr; Großbritannien ist der dominierende Handelstaat und das System funktioniert zu seinen Gunsten.

Der frühe Hume mit seiner Theorie der *sympathy* hat keinen Platz für feste Grenzen zwischen Menschen, wenn wir auch mit unseren Landsleuten eher sympatisieren. Im *Essay on National Characters* verteidigt er diese Sicht gegen Montesquieu. Der spätere Hume ist aber dann doch stärker von Montesquieus Klimadeterminismus beeinflusst und sieht das Problem ökonomischer Hegemonie. Erst in seinem letzten ökonomischen Essay *On the Jealousy of Trade* 1758 hat er einen neuen Mechanismus entwickelt: Langfristig ist es für einen Handelsstaat gut, wenn sich auch die anderen Staaten ökonomisch entwickeln. Damit führen *sympathy* und *interest* zum selben Ziel. Der späte Hume ist beim frühen Montesquieu angekommen.

Ansonsten hat Hume durchaus eine Art Nationalismus: einen britisch-französischen Kulturstolz voller Mißtrauen gegen die wachsende Bedeutung der deutschen und russischen Barbaren.

Mackie, J. L.

Hume's Moral Theory. – London (u.a.) : Routledge and Kegan Paul, 1980 (International Library of Philosophy) S. 113-118 International Justice (Treatise II ii 11)

Im Nuclearzeitalter kann Humes Annahme, daß internationale Beziehungen unwichtiger sind als innerstaatliche, nicht stimmen. Aber schon für seine Zeit ist das Argument kritisierbar. Daß Politiker international wenig an Frieden und Zusammenarbeit orientiert sind, liegt daran, daß die internationale Ordnung weniger gefestigt ist, ein Kriegszustand zwischen den Staaten herrscht (auch wenn nicht dauern gekämpft wird) und ein stabiles Rechtssystem fehlt. Internationale Gerechtigkeit ist der Testfall für Humes These, daß allein aus Selbstinteresse und allein durch Konventionen eine Rechtordnung möglich ist, wenn Menschen klug genug wären, entferntere Vor- und Nachteile zu beurteilen. Das können Staaten nicht. Hume hat internationale Moral nicht ernst genommen. Wir müssen sie ernst nehmen und deshalb Hume überwinden.

Harrison, Jonathan

Hume's Theory of Justice. – Oxford : Clarendon Pr., 1981. – S. 229-241 Of The Laws of Nations

Hume unterscheidet, daß Bruch des Völkerrechts durch Fürsten weniger getadelt wird als Bruch gesellschaftlicher Normen und daß es für einen Fürsten eher erlaubt ist, das Völkerrecht zu brechen als gesellschaftliche Normen. Das sind aber zwei unterschiedlich plausible Annahmen. Der Utilitarist muß damit rechnen, daß es irrational ist, daß der Bruch des Völkerrechts weniger mißbilligt wird. Hume sagt nie, ob es im Interesse der Menschheit ist, Völkerrecht zu besitzen, oder ob es nur

unser Interesse ist, die Regeln einzuhalten, weil wir sie haben. Offenbar meint Hume, daß es im Interesse aller Staaten ist, daß es Völkerrecht gibt und daß es eingehalten wird, aber im Interesse des einzelnen Staates sein kann, daß er selber das Völkerrecht nicht unbedingt einhält. Die philosophische Bedeutung des Abschnittes liegt darin, daß Hume Abstufungen des Guten voraussetzt (was Philosophen meist scheuen), denn nur bei einer solchen Abstufung ist möglich, daß eine Verpflichtung einer anderen vorgezogen werden muß. Harrison akzeptiert generell, daß eine Verpflichtung mehr Kraft haben kann, als eine andere, akzeptiert aber nicht speziell, daß internationale Verpflichtungen weniger wichtig sein sollen. Als Beobachtung des Verhaltens ist das richtig, als Rechtfertigung dieses Verhaltens ist es falsch. Der Schaden, der durch Bruch internationaler Verpflichtungen entstehen kann, wird nicht eingeschätzt. Daß im internationalen Bereich Erfahrung mehr lehren kann als Philosophie, ist völlig unverständlich: Statt zu Moral kommt man so immer nur zu einer Berechnung des Vorteils.

Im übrigen der genaueste Kommentar zu *Treatise* II ii 11.

Cohen, Marshall

Moral Scepticism and International Relations, in: Philosophy and Public Affairs 13 (1984) 299-346 (S. 329-346 Hume and the Morality of Princes)

Neudruck in: International Ethics / ed. by Charles Beitz. – Princeton, NJ : Princeton Univ. Pr., 1985. – S. 3-50 (S. 33-50)

Problematisch bei Hume ist, daß er nicht klar zwischen Konventionen des internationalen Verhaltens und der Notwendigkeit einer internationalen Moral unterscheidet. Wir können nicht annehmen, daß internationale Regeln unwichtig sind, schon gar nicht im Nuklearzeitalter. Hume kennt nur Regeln, die letztlich in jedermanns Interesse sind. Der Zweck von Regeln ist aber gerade, die Durchsetzung besonderer Interessen der Starken zu verhindern. Hume begeht den Fehlschluß, aus dem Fehlen einer internationalen Rechtsordnung darauf zu schließen, daß die Staaten keine Rechtsordnung brauchen. Ein ungeregelter Zustand ist im Interesse der Starken. Das hat Hume gar nicht besprochen. Auf Humeanischer Grundlage kann es keine angemessene Philosophie internationaler Gerechtigkeit geben.

Robertson, John

The Scottish Enlightenment and the Militia Issue. – Edinburgh : Donald, 1985. – S. 60-74. 211-225

Hume beurteilt die Militärfrage ökonomisch (in *Of Commerce*: die großen antiken Heere waren unnatürlich), moralisch (in *Of Luxury*: Wohlstand macht nicht unkriegerisch, die Kriege der kommerziellen Gesellschaften sind weniger grausam, aber der Kriegsgeist, den Hume eher mit Disziplin identifiziert, wird verbessert) und in Bezug auf die politische Freiheit (wo Hume nur vereinzelte, einander widersprechende Bemerkungen hat, im Ganzen eher von stehenden Heeren abrät). Hume will als politischer oder politikwissenschaftlicher Autor zur Moderation anleiten. Der Streit um Miliz oder stehendes Heer (in Großbritannien zudem ein Streit um Verwendung fremder, kontinentaler Heere) war eines der Themen, die zu unvernünfti-

ger Parteienbildung führten. Seine Äußerungen sollen Dogmatismus in Militärfragen vermeiden. Auf jeden Fall identifiziert er die modernen zivilisierten Monarchien, die am besten Rechtsstaatlichkeit garantieren, nicht mit ihren barbarischen Vorläufern.

Ellin, Joseph

Hume on the Morality of Princes, in: Hume Studies 14 (1988) 111-160

Ellin bespricht die Beiträge von Mackie, Harrison, Cohen 1980 bis 1984 und kann die Aufregung nicht verstehen. Hume bezweifelt nie, daß Verträge eingehalten werden müssen. Es ist auch kein Staatsraisonstext (die Regeln werden nicht gebrochen, weil internationale Politik bedeutend ist, sondern weil sie unbedeutend ist). Es geht auch nicht darum, den Bruch von Moral zu empfehlen. Es geht allein darum, ob Regeln, deren Befolgung wir im Privatleben erwarten, im internationalen Verkehr genauso streng befolgt werden müssen. Ellins Beispiel (nicht Humes) ist Lüge. Das einzige Problem ist die Verletzung des Prinzips der Fairneß, denn es muß damit gerechnet werden, daß die Beachtung von Regeln in der internationalen Politik für verschiedene Menschen verschieden bedeutend ist. Die Argumentation gegen Hume, daß Beachtung der Regeln in internationaler Politik objektiv als wichtig gezeigt werden kann, überzeugen Ellin gar nicht: Kriegsgefahr ist unwichtiger als das Verschwinden innerer Ordnung. Hume und das von ihm referierte Urteil der Nationen sehen ganz richtig, daß es keinen Weg gibt, international die Beachtung von Moral zu regeln.

Ainslie, Donald C.

The Problem of the National Self in Hume's Theory of Justice, in: Hume Studies 21 (1995) 289-314

Sympathy ist bei Hume an Übereinstimmung gebunden in Sitten, Charakter, Herkunft, Sprache. Sympathy ist besonders stark, wenn sie kommuniziert wird. Es geht dabei immer um Sympathy/Kommunikation zwischen zwei Individuen. Identifikation mit der Gruppe ist nicht Humes Thema, außer daß er bemerkt, daß mit der Größe der Gruppe die Sympathy schwächer wird. Er warnt vor zu krassen Annahmen über Nationalcharakter, aber er nimmt das Konzept immer ernst. Der Stolz auf die eigene Nation ist ein Stolz auf die eigene Gruppe, den es für alle Gruppen beginnend mit der Familie gibt. Im Krieg ist der Nationalstolz besonders ausgeprägt; wir halten die eigene Nation für gerecht, die fremde für ungerecht. Eine Nation braucht nicht unbedingt eine gemeinsame Kultur, sie braucht aber irgend etwas, auf das sie stolz sein kann und das generelle Regeln geschaffen hat, die die Mitglieder mit ihrer Nation verbinden.

Livingston, Donald W.

Philosophical Melancholy and Delirium : Hume's Pathology of Philosophy. – Chicago (u.a.) : Univ. of Chicago Pr., 1998. – 431 S.

Wegen der transzendentalphilosophischen Privilegierung der Lebenswelt bei Hume gehören Philosophie und Patriotismus zusammen, gegen das „selfish system“ von

Hobbes, Locke, Mandeville. Freiheit gibt es nur in historischen Formen, abstrakt kann darüber nicht diskutiert werden. Freiheit ist faßbar nur in historischen Erzählungen der Erfahrung von Freiheit in einer gemeinsamen europäischen Geschichte, einem Prozeß der Bewußtwerdung von customs.

Humes politische Philosophie wendet sich gegen die republikanische Ideologie. In der Antike waren Republiken instabil und grausam, Monarchien völlig unerträglich. Republiken haben Fortschritte gemacht, aber Monarchien haben viel größere Fortschritte gemacht. Seine eigene Präferenz gilt Förderationen, einer Hierarchie von durch Repräsentativkörperschaften regierten Einheiten. Sein Ideal ist ein System selbständiger Kleinstaaten, alle mit eigener Lebensweise.

Gegen ein republikanisches Reich war er immer gewesen, nur absolute Monarchien behandeln alle Teile eines Reiches gleich. Entsprechend hat Hume die amerikanische Sezession von Anfang an unterstützt, viel radikaler als sonst einer in Großbritannien und viel früher als die Amerikaner selber. Er hatte die Kolonien mit staatsrechtlichen Argumenten immer als fast souverän angesehen (die Prinzipien, aus denen später die Unabhängigkeit tatsächlich begründet wurde, sind für ihn nur falsche, dogmatische Philosophie). Für die Amerikanische Union, die er nicht mehr erlebte, würde er keine Sympathien gehabt haben. Die Präferenz für Kleinstaaten war der Grund, warum er so entschlossen für die volle Sezession einzelner Kolonien eintrat.

Der einzige legitime Kriegsgrund ist Verteidigung (wobei er einen Krieg zur Erhaltung des Gleichgewichts als Verteidigungskrieg anerkennt). Vor allem lehnt er Kriege für den Handel ab; freier Handel bringt mehr als irgendein Krieg für den Handel. Ein Argument gegen den britischen Krieg gegen die amerikanischen Kolonien ist, daß dieser Krieg auch Großbritannien verwandeln werde (das richtet sich gegen seine Freunde, die brutale Anti-Guerrilla-Strategien propagierten).

Long, David E.

“Every Man Supposed a Knave” : David Hume’s Political Realism, in: The Realist Tradition and Contemporary International Relations / ed. by W. David Clinton. – Baton Rouge : Louisiana State Univ. Pr., 2007 (Political Traditions in Foreign Policy) S. 117-136

Humes Moraltheorie geht von einer konventionalistischen Grundlage aus, nur der Brauch oder eine gewisse psychische Neigung können Moral festigen, nicht abstrakte Prinzipien. Seine Moraltheorie hat einen kommunitaristischen Aspekt. Wir können nicht erwarten, daß Moralregeln strikt eingehalten werden, wenn es schwer ist, weiter Entferntes in unserem Bewußtsein zu halten. Hume ist weder an Machiavelli orientiert (der verschiedene Moral für Fürsten und Bürger hat) noch an Hobbes (der nur Regeln kennt, wenn sie eine Regierung durchsetzen kann).

Politisch ist Hume ein Anhänger der Machtbalance und warnt vor übermäßiger Machtentfaltung, weil der Fortschritt auf einem System einer Vielzahl von Staaten mit Verkehr untereinander beruht. Long interessiert sich weniger für Humes Analyse der Grenzen internationaler Moral, sondern dafür, daß die gleiche Moral im Innern und nach außen wirkt. Er versucht eine humane Spekulation, was die

Übermacht der USA noch ertragbar macht, so daß es zu keiner Gegenbalance kommt: eine innere Verfassung, die von politischer Balance bestimmt ist.

Van de Haar, Edwin

David Hume and international Political Theory, in: Revue of International Studies 34 (2008) 225-242

Hume startet mit Nation/Staat/Land, einer politischen Einheit, der Emotionen gelten, vor allem Stolz. Er warnt davor diese Gefühle zu übertreiben, vor allem haben Beziehungen einen höheren Wert als Isolation. Es ist nicht zu erwarten, daß sich Staaten untereinander anders verhalten als Individuen: sie sind auf gegenseitige Hilfe angewiesen, aber nicht ständig zum Frieden geneigt. Der Krieg wird als Tatsache akzeptiert, aber verlangt, daß es ein gerechter Krieg sein soll. Mit dem Fortschritt der Zivilisation geht die Begierde nach Krieg zurück. Kolonien nahm Hume zunächst als Fakt hin, ist am Ende aber entschieden für amerikanische Unabhängigkeit. Er ist immer für Freihandel, aber daß darauf Frieden folgen müsse, denkt er nicht (und Adam Smith genauso wenig). Nach diesem Überblick (für Van de Haar ist es eine Entdeckung, daß es bei Hume mehr als Balance gibt) spielt er das übliche britische Spiel der drei Traditionen: da Hume weder Realist noch Pazifist ist, kann er nur Grotianer sein. Lernen kann von Hume vor allem die Englische Schule, deren Begriff der Internationalen Gesellschaft historischer Bereicherung bedarf.

6.8.3 Smith

Adam Smith, 1723-1790, geboren in Kirkcaldy, Grafschaft Fife in einer Gentryfamilie. Professor der Moralphilosophie in Glasgow, Adelserzieher, Zollkommissar von Schottland.

Vergleiche zur Biographie:

Ian S. Ross, *The Life of Adam Smith*. – Oxford 1995

Als Einführung vergleiche:

Karl Graf Ballestrem, *Adam Smith*. – München 2001

Für die Breite von Smiths Interessen vergleiche: *Essays on Adam Smith* / ed. by Andrew S. Skinner and Thomas Wilson. – Oxford 1975 (The Glasgow Edition of the Works and Correspondance of Adam Smith : Associated Volume)

Während lange gestritten wurde, ob Smiths Moralphilosophie und Ökonomie eine einheitliche Lehre bilden (das sogenannte Adam Smith-Problem), besteht heute bei Philosophen weitgehend Einigkeit, daß es eine einheitliche Moralphilosophie bei Smith gibt, in die Ökonomie integriert ist. Aber es gibt lebhafte Diskussionen über den Charakter dieser Moralphilosophie, auf welche Traditionen Smith zurückgreift und welche Bedeutung ökonomische Mechanismen innerhalb von Smiths Moralphilosophie haben.